

Pressemitteilung

Wohnungsneubau braucht politisches Bekenntnis Baugenehmigungen im August um 9 Prozent im Minus: Kosten und Unsicherheiten bremsen Wohnungsneubau weiter aus

51/22
Berlin, 18.10.2022

Die Genehmigungen für den Neu- und Umbau von Wohnungen sind im August um 9,4 Prozent, in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 3,0 Prozent gesunken. „Die weiterhin rückläufigen Genehmigungszahlen sind Ausdruck der extremen Verunsicherung öffentlicher und privater Wohnungsbauer. Diese ist einerseits nachvollziehbar und auf hohe Kostensteigerungen zurückzuführen. Andererseits könnte die Politik mit angemessenen Investitionsanreizen gegensteuern, die den hohen Wohnungsbauzielen auch gerecht werden.“

Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen für August. Erst vergangene Woche hat Bundesbauministerin Klara Geywitz ein umfangreiches Maßnahmenpaket des „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ vorgelegt. „Wir stehen hinter dem Ergebnis und langfristig wird sich die Bündnisarbeit auszahlen. In diesen Krisenzeiten braucht es aber vor allem eins: ein eindeutiges politisches Bekenntnis für den Wohnungsneubau. Dafür braucht es Gewissheit über die Förderkulisse für den Neu- und Umbau, eine Ausweitung der Neubauförderung sowie weitere steuerliche Anreize. Nur so kann ein weiteres Absinken der Fertigstellungszahlen in 2023 verhindert werden“, so Müller.

Parallel dazu müsse die Umsetzung der Bündnismaßnahmen schnell angegangen werden. Priorität sollte auf den kostensenkenden Maßnahmen liegen und auf solchen, die es den Bauunternehmen erlauben, mit innovativen Ansätzen kostengünstigen Wohnungsbau in hoher Qualität zu realisieren. Müller: „Die Nutzung industrieller (Vor)Fertigungsmethoden ist sicherlich der schnellste Weg, nicht nur zusätzliche Kapazitäten am Markt zu schaffen, sondern vor allem schnell, kostengünstig und unter Berücksichtigung aller Qualitätsstandards Wohnungen zu bauen. Darin sind sich alle einig, nur bundesweit einheitliche Regelungen sind seit Jahren nicht geschaffen worden. Deshalb brauchen wir jetzt eine schnelle Vereinheitlichung der Landesbauordnungen und keine Absichtserklärung einer ‚möglichen‘ Harmonisierung. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sollte wichtiger sein als das Beharren auf die eigene länderspezifische Bauordnung.“

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.